

Annegret Döse-Digenopoulos

Arbeitsgerichte und
betriebsbedingte Kündigung

Zur Effizienz judikativer Kontrolle

Juristische Gesamtbibliothek
der Technischen Hochschule
Darmstadt

B41447

Köln 1982

Pahl-Rugenstein Verlag

Inhaltsübersicht

Seite

Abkürzungsverzeichnis	XII
Einleitung.	1
<u>Teil 1: "Freisetzung" von Arbeitskräften und gerichtliche Kontrolle betriebsbedingter Kündigungen.</u>	<u>7</u>
1. Das gesellschaftliche Umfeld des Kündigungskonflikts	7
1.1. Der Verlust des Arbeitsplatzes als Massenphänomen.	7
1.1.1. Ausmaß	7
1.1.2. Ursachen	10
1.1.2.1. Herkömmliche Erklärungen	10
1.1.2.2. Unsicherheit des Arbeitsplatzes in der Marktwirtschaft	11
1.1.2.3. Einzelne Ursachenkomplexe für Arbeitsplatzabbau und betriebsbedingte Entlassungen.	14
1.1.2.3.1. Konzentration von Unternehmen und Kapital.	15
1.1.2.3.2. Rationalisierung	16
1.1.2.3.3. Auslandsproduktion	20
1.1.2.3.4. Unternehmerische Fehlentscheidungen.	22
1.2. Folgen der Arbeitslosigkeit.	23
1.2.1. Folgen für den einzelnen	23
1.2.2. Folgen für die Allgemeinheit	25
2. Zum Stellenwert des Kündigungsschutzverfahrens im Spektrum der beschäftigungspolitischen Diskussion.	26
2.1. Präventive Steuerungsmaßnahmen gegen Arbeitsplatzabbau und Entlassungen	28
2.2. Maßnahmen zur Milderung und Rückgängigmachung von Entlassungen	30
2.3. Vorläufige Einschätzung.	32
3. Die Bedeutung der arbeitsgerichtlichen Kontrolle für die Erhaltung des Arbeitsplatzes	34
3.1. Zur Rolle der Arbeitsgerichte im Kündigungsschutzprozeß.	34
3.2. Gesetzlicher Rahmen.	35
3.3. Anforderungen an die soziale Rechtfertigung der betriebsbedingten Kündigung in Rechtsprechung und Literatur.	38
3.3.1. Nachprüfbarkeit betriebsgestaltender, der Kündigung vorgeschalteter Entscheidungen des Arbeitgebers?	38
3.3.1.1. Grundsätzliches Verbot der gerichtlichen Überprüfung auf Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit	39
3.3.1.1.1. Freiheit der Unternehmerentscheidung	39

	Seite
3.3.1.1.2. Sparmaßnahmen im öffentlichen Dienst	42
3.3.1.2. Einschränkungen des Verbots.	43
3.3.1.2.1. Willkürkontrolle	44
3.3.1.2.2. Interessenabwägung	45
3.3.1.2.3. Rechtmäßigkeitskontrolle	49
3.3.1.3. Aspekte der Beweislastverteilung	50
3.3.1.4. Maßgeblicher Prüfungszeitpunkt	51
3.3.1.5. Weitergehende Lösungsansätze	53
3.3.1.6. Wortlaut des Gesetzes.	56
3.3.1.7. Zusammenfassung.	57
3.3.2. Anforderungen an die Vermeidbarkeit der Entlassung bei Weiterbeschäftigungs-, Umschulungs-, Kurzarbeitsmöglichkeiten.	58
3.3.3. Soziale Auswahl.	62
3.4. Weiterbeschäftigung des Arbeitnehmers während des Kündigungsrechtsstreits	64
3.4.1. Weiterbeschäftigung nach dem BetrVerfG	65
3.4.2. Der allgemeine Beschäftigungsanspruch.	67
3.4.3. Zur Durchsetzung der vorläufigen Weiterbeschäftigung durch einstweilige Verfügung	69
3.5. Zusammenfassung und weitergehende Fragestellungen.	71
 <u>Teil 2: Geschichtliche Entwicklung des Schutzes gegen betriebsbedingte Kündigungen.</u>	
1. Von der unbeschränkten Kündigungsfreiheit zur Entstehung inhaltlicher Kündigungsbeschränkungen	75
2. Schutz gegen betriebsbedingte Kündigungen in der Weimarer Republik	78
2.1. Individueller Kündigungsschutz im Betriebsrätegesetz	78
2.2. Zur Entstehung von § 84 Ziff. 4 des Betriebsrätegesetzes	79
2.3. Kündigungserschwerungen bei Massenentlassungen	80
2.4. Gerichtliche Kontrolle unternehmerischer Entscheidungen nach § 84 Ziff. 4 des Betriebsrätegesetzes	81
2.4.1. Überprüfbarkeit von Kündigungsentscheidungen	82
2.4.1.1. Rechtsprechung	82
2.4.1.2. Literatur.	83
2.4.2. Beweislastfragen und Prüfungszeitpunkt	85
3. Schutz gegen betriebsbedingte Kündigungen in der faschistischen Ära	88

	Seite
3.1. Allgemeines	88
3.2. Gerichtliche Kontrolle unternehmerischer Entschei- dungen nach § 56 Abs. 1 AOG	91
3.2.1. Das Tabu der unbeschränkten unternehmerischen Freiheit. .	91
3.2.1.1. Praxis der Arbeitsgerichte.	92
3.2.1.2. Literatur	93
3.2.1.3. "Führerprinzip" als Legitimation?	94
3.2.2. Beweislastfragen und Prüfungszeitpunkt.	95
4. Entwicklung des Schutzes gegen betriebsbedingte Kündi- gungen seit Kriegsende.	96
4.1. Ausgangsbedingungen	96
4.2. Individualisierung des Kündigungsschutzes	100
4.3. Kontinuierliche Linie in der herrschenden Meinung	102
<u>Teil 3: Der Schutz gegen betriebsbedingte Kündigungen in anderen Ländern.</u>	<u>106</u>
1. Allgemeines	106
2. Frankreich.	108
2.1. Überblick	108
2.2. Beschränkungen unternehmerischer Kündigungsfreiheit bei Entlassungen aus wirtschaftlichem Grund	110
2.2.1. Gesetzlicher Rahmen	110
2.2.2. Konsultationsverfahren.	113
2.2.2.1. Kollektiventlassungen	113
2.2.2.2. Einzelentlassungen aus wirtschaftlichem Grund	114
2.2.3. Behördliches Genehmigungsverfahren.	115
2.2.4. Verhältnis von gerichtlicher und behördlicher Kon- trolle.	119
2.3. Vergleichende Aspekte	121
3. England	123
3.1. Überblick	123
3.2. Beschränkungen unternehmerischer Kündigungsfreiheit bei Entlassungen wegen Arbeitskräfteüberflusses	127
3.2.1. Gesetzlicher Rahmen	127
3.2.2. Gerichtliche Kontrolle wirtschaftlicher Hintergründe der Kündigungsentscheidung.	130
3.2.3. Konsultationsverfahren.	131
3.2.4. Abfindungssystem.	133
3.3. Vergleichende Aspekte	134

	Seite
4.	Italien 136
4.1.	Überblick 136
4.2.	Beschränkungen unternehmerischer Kündigungsfreiheit bei Entlassungen aus betrieblichem Grund. 138
4.2.1.	Kontrolle von Einzelentlassungen. 138
4.2.2.	Besonderheiten bei Massenentlassungen 141
4.2.3.	Arbeiterstatut und Sicherheit des Arbeitsplatzes. 142
4.3.	Vergleichende Aspekte 144
5.	Mexiko. 145
5.1.	Überblick 145
5.2.	Beschränkungen unternehmerischer Kündigungsfreiheit bei wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Unternehmens 148
5.2.1.	Gesetzlicher Rahmen 148
5.2.2.	Die "suspension". 149
5.2.3.	Massenentlassungen. 151
5.2.4.	Zur Rolle der arbeitsgerichtsähnlichen Spruchkörper 152
5.3.	Vergleichende Aspekte 153
6.	Zusammenfassung 154
 <u>Teil 4:</u> Möglichkeiten und Grenzen der Erweiterung des Schutzes gegen betriebsbedingte Kündigungen durch staatliches Recht. 157	
1.	Überblick über die Problemstellung. 157
2.	Systembedingte Grenzen staatlicher Intervention zugunsten eines besseren Kündigungs- und Arbeitsplatzschutzes 160
2.1.	Grenzen der Erweiterung des allgemeinen Kündigungsschutzes. 160
2.2.	Sonderschutz für bestimmte Arbeitnehmergruppen. 167
2.3.	Wirksamkeit eines erweiterten Kündigungsschutzes in gesamtgesellschaftlichem Rahmen 169
2.4.	Schlußfolgerungen 169
3.	Verbesserung des Schutzes gegen betriebsbedingte Kün- digungen im Rahmen des geltenden Rechts 171
3.1.	Institutionelle Eignung des Arbeitsgerichts zur Lösung des Konfliktthemas "Betriebsbedingte Kündigung" 171
3.1.1.	"Pragmatische" Kritik an einer extensiven judikativen Kontrolle 172
3.1.2.	Rechtssoziologisch orientierte Kritik am Gerichts- verfahren 174
3.1.2.1.	Ausgangspunkt 174
3.1.2.2.	Zugang des Konfliktthemas zum Gericht 176

	Seite	
3.1.2.3.	Inanspruchnahme des Gerichts als Ausnahmefall	178
3.1.2.4.	Erfolgsaussichten der Kündigungsschutzklage	179
3.1.2.5.	Kapazität zur Verarbeitung komplexer, überindividueller Konflikte	181
3.1.3.	Durchbrechung der individualisierenden Wirkung des Gerichtsverfahrens?	186
3.1.4.	Zusammenfassung	187
3.2.	Verfassungsrechtliche Schranken einer extensiven richterlichen Kontrolle	188
3.2.1.	Inhaltliche Bindung des Arbeitsrichters an Grundrechte des Arbeitgebers?	189
3.2.2.	Die "Wirtschaftsverfassung" des Grundgesetzes	191
3.2.3.	Vereinbarkeit einer extensiven richterlichen Kontrolle mit Art. 14 GG.	192
3.2.4.	Vereinbarkeit einer extensiven richterlichen Kontrolle mit Art. 12 GG.	195
3.2.5.	Vereinbarkeit einer extensiven richterlichen Kontrolle mit Art. 2 GG	198
3.3.	Vorschläge zur Erweiterung richterlicher Prüfungs-kompetenz	198
3.3.1.	Rechtsdogmatische Überlegungen.	198
3.3.2.	Konkretisierung der Mißbrauchskontrolle	203
3.3.2.1.	Umfang richterlicher Kontrolle bei Personalabbau und Rationalisierung.	203
3.3.2.2.	Mißbräuchliche Kündigung bei Rechtsverstoß.	206
3.3.2.3.	Mißbräuchliche Kündigung im konzernabhängigen Betrieb	208
3.3.2.4.	Sonderfall Betriebsstillegung	211
3.3.2.5.	Zur Durchsetzung des Bestandsschutzes des Arbeitsverhältnisses bei mißbräuchlicher Betriebsstillegung oder Stilllegung von Betriebsteilen	212
3.3.2.5.1.	Fortführung eines Betriebes durch einen Treuhänder am Beispiel der Sequestration im Konkurs	214
3.3.2.5.2.	Fortführung einer gesellschafterlosen GmbH durch (Not-)Geschäftsführer und Notgesellschafter	215
3.3.2.5.3.	Fortführung eines Betriebes durch einen Treuhänder im Kündigungsschutzverfahren.	216
4.	Erweiterung des Kündigungsschutzes durch den Gesetzgeber.	218
4.1.	Priorität der gesetzlichen Regelung	218
4.2.	Einzelne Möglichkeiten der Erweiterung des Kündigungsschutzes.	219
4.2.1.	Ausschluß oder inhaltliche Einengung des Kündigungsgrundes der dringenden betrieblichen Erfordernisse.	219

	Seite	
4.2.2.	Einführung einer präventiven behördlichen Kontrolle	220
4.2.3.	Sicherung der vorläufigen und endgültigen Weiterbeschäftigung	220
4.2.4.	Obligatorische Abfindung bei betriebsbedingter Kündigung.	221
4.2.5.	Einräumung von Mitbestimmungsrechten an den Betriebsrat im Kündigungsfall	223
4.3.	Verfassungsrechtliche Schranken	223
<u>Teil 5:</u>	<u>Alternativen zum Kündigungsschutzprozeß.</u>	<u>225</u>
1.	Allgemeines	225
2.	Wahrnehmung von Informations- und Beteiligungsrechten durch den Betriebsrat	227
2.1.	Zum Verhältnis zwischen betrieblicher und tariflicher Interessenwahrnehmung	227
2.2.	Informations- und Beteiligungsrechte bei geplanten Kündigungen.	228
2.2.1.	Rechtliche und faktische Grenzen des kollektivrechtlichen Schutzes	228
2.2.2.	Ausschöpfungs- und Weiterentwicklungsmöglichkeiten.	231
2.3.	Rechte und Handlungsmöglichkeiten des Betriebsrates bei Betriebsänderungen.	236
2.4.	Sonstige Informations- und Beteiligungsrechte im Vorfeld von Entlassungen.	239
2.4.1.	Informations- und Beratungsrechte	239
2.4.2.	Mitbestimmungsrechte.	241
3.	Tarifpolitische Möglichkeiten	243
3.1.	Zum Verhältnis von Tarifvertrag und Gesetzgebung.	243
3.2.	Herkömmliche Rationalisierungsschutzregelungen.	244
3.2.1.	Zahlung von Abfindungen und Mobilitätsbeihilfen	245
3.2.2.	Schutz älterer Arbeitnehmer	246
3.2.3.	Erhaltung und Schaffung arbeitsmarktbezogener Qualifikation durch Umschulung	247
3.2.4.	Erschwerung von Kündigungen durch Pflicht zur Ausschöpfung aller Weiterbeschäftigungsmöglichkeiten	247
3.2.5.	Wiedereinstellungspriorität	248
3.3.	Neuere tarifvertragliche Elemente zum Schutz von Arbeitsplätzen.	248
3.3.1.	Arbeitsplatzbesetzungsregelungen, Mindestarbeitsinhalte	249
3.3.1.1.	Erscheinungsformen.	249
3.3.1.2.	Verfassungsrechtliche Einwände.	250

	Seite
3.3.2. Erweiterung von Mitbestimmungsrechten	254
3.3.2.1. Erweiterung von Rechten des Betriebsrats bei Entlassungen	254
3.3.2.2. Erweiterung der Mitbestimmung an anderen wirtschaftlichen Entscheidungen	256
3.3.3. Abgruppierungsschutz.	257
4. Maßnahmen außerrechtlicher Gegenwehr.	257
4.1. Allgemeines	257
4.2. Zu Erscheinungsformen und Voraussetzungen außerrechtlicher Gegenwehr	259
4.3. Vorteile.	261
4.4. Grenzen der Wirksamkeit	262
5. Zusammenfassung	263
Literaturverzeichnis	265